Auswärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 23. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 27. Januar 1933. | 15. Jahrgang.

Es ist ein stetes, stilles Wandern
durch Menschen, Dinge und Gedanken.
Man geht und geht
und merkt kaum, wie ringsum die Bilder
sich verschieben und vorübergleiten
und eines um das andere rückwärts fällt . .
und plötzlich steht
man wie in einer neuen Welt!
Fernes wird nah und Nahes fern . .
Du bleib' sein Kern!

Caesar Flaischlen.

Ein Europäerwort.

In der ostafrikanischen Kronkolonie Englands, in Kenya, hat man vor einiger Zeit ein Goldfeld entdeckt. In der Landschaft Kakamega liegt es. Hier soll nicht davon berichtet werden, welch ein Ansturm von Goldsuchern daraufhin ausgebrochen ist — ein Zeichen für das nach Gold drängende Herz der Europäer. Hier soll auf die verheerende Wirkung, die schon allein das Auffinden dieses Goldfeldes auf die Eingeborenen ausüben mußte, hingewiesen werden. Die Landschaft liegt im Reservat der Kavirondo. „Es ist wahrscheinlich der dichtest besiedelte Teil der Kolonie." Das Reservat ist dem schwarzen Volke als Wohnsitz von der englischen Regierung garantiert worden. Denn der Native Lands Trust Ordinance (Die Ordnung für Eingeborenenländereien) bestimmte, daß Eingeborenenreservate geschaffen sind „zum Gebrauch und Nutzen für die Eingeborenen der Kolonien für immer". Die letzte Absicht dieses Gesetzes war die, „den Eingeborenen das Gefühl völliger Sicherheit über den Besitz ihrer Reservate zu geben". In der Tat ist dies nötig, denn die Vorgänge in Südafrika, ja selbst solche in Ostafrika, haben gezeigt, daß die tiefste Not des Eingeborenen die ist, daß er niemals sicher ist, ob er nicht eines Tages von seinem Lande vertrieben wird. Daher also diese Zuweisung der Reservate „für immer". Das geschah im Jahre 1930. Dann wurde Kakamegas Goldfeld entdeckt. Es war, weil es im Reservat lag, nicht ohne weiteres für Europäer möglich, dort Land zu erwerben. Sollte aber das Gold abgebaut werden, so war das nötig. Also wurde die Gesetzgebung geändert: Zum Zwecke des Goldbergbaues kann den Eingeborenen das Land genommen werden, vorausgesetzt, daß sie entsprechenden Ersatz erhalten. Was ist entsprechender Ersatz? Natürlich Land. Aber das ist nicht immer leicht zu erhalten. Also enthält das neue Gesetz die Bestimmung, daß auch Geld dafür bezahlt werden könne, d. h. aber: Der Eingeborene wird gezwungen, sein Land herzugeben, und wird zu einem landlosen Proletarier gemacht, zwei Jahre, nachdem ihm ewiger Besitz seines Landes durch die Regierung garantiert worden ist. Ob wohl die Eingeborenen so das Gefühl für die Sicherheit ihres Landbesitzes bekommen?

Was die ganze Sache besonders peinlich macht, ist dies: Erst kurz vor dem Erscheinen des neuen Gesetzes besuchte der Gouverneur das Goldfeld. Er versicherte persönlich den Eingeborenen, daß man ihnen das Land nicht nehmen wolle. Die Eingeborenen verlangten von dem Gouverneur einen feierlichen Eid nach ihrer Stammesweise, wobei ein Tier geopfert werden solle. Der Gouverneur lehnte die Zeremonie ab und fügte hinzu: sein Wort sei genügend. Was werden heute die Eingeborenen von dem Wort eines Europäers, noch dazu des obersten Herrn der ganzen Kolonie, denken?

Noch schlimmer aber wird die Sache durch eine Bemerkung, die der bisherige Gouverneur der Kenyakolonie, unter dem jenes Gesetz über die Reservate erschien, anläßlich einer über diese Sache entstandenen Pressefehde in London schrieb. Er schiebt die Schuld für die jetzt entstehende Schwierigkeit auf den Staatssekretär für die Kolonie. Er habe auf dem Versprechen des ewigen Besitzes an die Eingeborenen bestanden, trotzdem „er wußte, daß nach der Meinung jedes Mitgliedes im Regierungsrat Kenyas, den Eingeborenenkommissar eingeschlossen, jenes Versprechen nicht mit Sicherheit gehalten werden könnte und darum nicht hätte gegeben werden dürfen".

Angesichts einer solchen Summe von Heuchelei und Lüge fragt man sich allerdings, wie ein Glied der „minderentwickelten Nationen noch Vertrauen zu den Kulturnationen Europas fassen kann. Trotz aller Geschichte, trotz des Unterganges der Indianer Amerikas, trotz des latenten Rassenkampfes in Südafrika, die alle auf die gleichen Wortbrüche zurückgehen, fährt Europa fort in seinen Methoden und sieht nicht, daß es eine Saat in die Herzen der Menschen, die es ihres Landes beraubt, sät, die einmal blutige Ernte eintragen wird.

Gerade aus solchen Begebenheiten sollten die Christen Europas nunmehr die Verpflichtung erkennen, sich unter ihre Mitschuld zu stellen und versuchen, ihre Schuld gutzumachen, indem sie den betrogenen Völkern Afrikas das einzige Gute bringen, was Europa noch als Gut hat: die Verkündigung von Jesus Christus. Und sie sollten das mit einem Eifer tun, der den der Goldsucher übertrifft.

B. A. C.

Soll der Reichstag wieder aufgelöst werden?

Das ist die Frage der Woche. Soll innerhalb eines Jahres drei- oder mehrmal gewählt werden? Und wie oft und wie lange noch soll der Reichstag aufgelöst werden? Darf und soll denn unser Volk gar nicht zur Ruhe kommen? Wenn die maßgebenden Kreise, die so leichtfertig mit der Reichstagsauflösung und Reichstagswahlen umgehen, nur einmal sehen könnten, welcher Schaden unserem Volksleben und Volkscharakter mit jeder neuen Wahl zugefügt wird, sie würden die Frage vielleicht doch etwas mehr überlegen. Was bringt die Wahl für eine Flut von Verhetzung, von Lüge, von Haß, von Zwietracht und Entzweiung, nicht bloß in unser Volk, nein, vielfach in die einzelne Familie! Wieviele Blutopfer von Erschlagenen kommen dazu! Die Leute werden politisch so aufgepeitscht und verdreht, daß sie vielfach nur noch für die eigene Partei Interesse haben. Wer mit ihnen in Berührung kommt, wird nur nach der Parteizugehörigkeit beurteilt. Man entschuldigt einen Lumpen, wenn er zur Partei gehört, man beschmutzt und verdächtigt den Gegner, selbst wenn er durchaus ein Ehrenmann ist. Schon unter den Schulkindern werden erbitterte Kämpfe ausgetragen, andersdenkende Kinder werden geächtet. Wie ist uns Pfarrern die Tätigkeit in Gemeinden mit gemischter Bevölkerung erschwert! Da werden Aeußerungen in der Predigt oder in Privatgesprächen bewußt oder unbewußt verdreht, man kann mit den Leuten keine rechten seelsorgerlichen Gespräche führen, immer wieder versuchen sie von dem, was ihr Herz zur Zeit bewegt, von der Politik und von der Wahl zu reden. Die Parteiagitation bringt es fertig, daß viele Menschen geradezu in eine Art politischen Rausches hineinkommen; mit einem Berauschten aber kann man nichts anfangen.

Es wäre endlich Zeit, daß unser Volk zur Ruhe käme, daß die endlosen Wahlen für die nächsten Jahre aufhörten. Was haben die letzten Wahlen für einen Sinn gehabt? Die Juliwahlen sprachen sich klar gegen Brüning mit seinem Kampf gegen die Nationalsozialisten und Deutschnationalen und gegen seine Duldung der Sozialdemokratie gegenüber aus, sie gaben auch den bürgerlichen Mittelparteien den Todesstoß. Man zog aber nicht die Konsequenzen und ließ Hitler nicht an die Führung. Lieber schickte man den Reichstag heim. Die Novemberwahlen brachten eine Stärkung der Kommunisten. Ganz erklärlich, weil viele frierende und hungernde Arbeitslose aus Erbitterung über ihre Notlage, aus Protest gegen die menschliche Gesellschaft KPD. wählten, ohne Kommunisten zu sein. Die Nationalsozialisten wurden zwar geschwächt, aber das Gros hielt aus. Die Abgefallenen sind wieder zu den bürgerlichen Gruppen zurückgekehrt. Zum Teil aus Angst vor dem Sozialismus der NSDAP und vor dem befürchteten Zins- und Rentenverlust ihres Vermögens. Die NSDAP blieb weitaus die stärkste Partei, aber wieder versagte man ihr die Führung. Was man bisher jeder Partei gewährt hatte, jetzt auf einmal, da das Neue sich Bahn brechen und zeigen wollte, was es vermag, will man von dem üblichen Brauch abgehen. Man hat den Sozialdemokraten unbedenklich die Führung überlassen, obwohl prominente Führer offen erklärten, sie kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt, oder sich offen für Kriegsdienstverweigerung und Landesverräter einsetzten. Man hat das jesuitenhörige Zentrum zur Macht kommen lassen — aber dem kerndeutschen Adolf Hitler, der für Deutschland geblutet hat, gibt man die Führung nicht. Man will ihn höchstens dulden und so nebenbei in ein Kabinett als Dekorationsfigur hineinnehmen. Mit Recht lehnt Adolf Hitler das ab. Der Nationalsozialismus ist etwas Neues, und man kann nicht ein altes Kleid mit neuen Lappen zusammenflicken. Wäre Hitler in das Ministerium Schleicher eingetreten, dann wäre er jetzt schon erledigt. Zwei Monate hat Schleicher Zeit und Gelegenheit gehabt, seine Staatskunst zu erweisen, aber geschehen ist nichts. Diese Untätigkeit und Entschlußlosigkeit wäre aber dann nicht Schleicher, sondern Hitler auf das Schuldkonto geschrieben worden. Adolf Hitler kann und darf daher nicht nachgeben, bis man ihm die Führung übergibt, damit er seine Ziele verwirklichen kann. Ein neuer Reichstag wird keine wesentliche Aenderung bringen, es sei denn, daß die Nationalsozialisten wieder Mandate gewinnen. Will man dann wieder den Reichstag heimschicken? Oder will man gegen das Volk, das zweimal klar seinen Willen kundgetan hat, gefährliche Experimente einer Diktatur der Herren Schleicher und Meißner machen?

Nur eins kann helfen: daß man Adolf Hitler die Führung gibt, damit er beweisen kann, ob der Nationalsozialismus die Rettung und den Aufstieg Deutschlands bringt, wie seine Führer behaupten, und was die letzte Hoffnung von Millionen von Deutschen ist.

Noch eine Tatsache spricht sehr für Adolf Hitler, worauf man so wenig achtet. Wer wehrt sich am meisten gegen eine Regierung Hitler, wer hetzt und geifert täglich dagegen? Natürlich die Kommunisten, welche wissen, daß mit ihnen aufgeräumt wird. Aber nicht minder Angst haben auch die Sozialdemokraten. Auch die Demokraten, die Judenpresse von der Art des „Berliner Tageblattes", „Frankfurter Zeitung", „Vossische Zeitung" begrüßen jeden, der Hitler nicht zur Macht kommen lassen will. Wenn das Zentrum aus der Reihe seiner ehemaligen Bundesgenossen tanzt und den Eintritt der NSDAP in die Regierung verlangt, dann geschieht das nicht aus einem Gefühl des Rechts und der Billigkeit, die schlauen Zentrumsprälaten wünschen, daß bei einer Regierung Hitlers der Nationalsozialismus versagen und damit erledigt würde. Wenn Marxismus, Demokratie und Zentrum Hitler mit aller Macht und List bekämpfen wollen, muß das uns nicht zu denken geben? Sollten da die wahrhaft nationalgesinnten Deutschen nicht von diesem Instinkt der Gegner lernen und um so einheitlicher und geschlossener für eine Regierung Hitler sich einsetzen? Die Feinde Hitlers waren auch Bismarcks größte Gegner, sie haben in nationalen Fragen fast stets der Regierung Steine in den Weg gelegt und Deutschlands Machtentfaltung und Wehrkraft vor dem Kriege verhindert. Wenn diese so grimmig den Nationalsozialismus bekämpfen, sollte das nicht gerade den wahren Vaterlandsfreunden ein Zeichen sein, nach dem sie sich orientieren sollen?

Und wer lehnt im Ausland Adolf Hitler und den Nationalsozialismus ab und beschwört die Deutschen mit guten Worten oder durch Drohungen? Das ist vor allem Frankreich, unser Erbfeind, das sind die Polen und die Tschechen, das sind in England die bewußt deutschfeindlichen Kreise. Man kann alle Feinde Hitlers im Auslande auf den gemeinsamen Nenner bringen, daß alle die, welche Deutschlands Vernichtung und Sklaventum wollen, Gegner Hitlers sind. Die Erfahrung lehrte sie, daß ein sozialdemokratisches Deutschland nach ihrer Pfeife tanzt, aber sie ahnen, wenn der Nationalsozialismus ans Ruder kommt, daß dann Deutschland erwacht und die Fesseln und Schande der Knechtschaft nicht länger tragen will. Muß uns das nicht die Augen öffnen? Spricht das nicht alles für Adolf Hitler und den Nationalsozialismus? Was alle Gegner eines freien und starken Deutschlands nicht wollen, das müßte und sollte jeder echte Deutsche erst recht fordern. Darum keine neue Reichstagswahl mehr!

H. Sch.

Eine notwendige Wiedergutmachung.

Viel ist in den Jahren nach dem Kriege über die Beseitigung der sogenannten Kriegsschuldlüge geredet und geschrieben worden. Viele inländische und auch ausländische Gelehrte haben auf diesem Gebiete geradezu Hervorragendes geleistet. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben: Fast die gesamte Menschheit, mit Ausnahme der Franzosen und ihrer Trabanten natürlich, hat erkannt, daß nicht Deutschland den Weltkrieg entfesselt hat, sondern daß gerade diejenigen für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich zu machen sind, die die ganze Schuld auf unser Volk und seine Führer abzuwälzen versuchten. Trotzdem sich diese Erkenntnis immer mehr Bahn bricht, hat es bis jetzt noch keine deutsche Regierung fertiggebracht, die von uns im Versailler „Friedens"vertrage erpreßte Kriegsschuldlüge offiziell zu widerrufen. Solange das nicht geschehen ist, wird der Freiheitskampf des deutschen Volkes zur Erfolglosigkeit verurteilt sein. Es ist deshalb Pflicht gerade einer nationalen Regierung, das bisher Versäumte schleunigst nachzuholen, wenn sie nicht eine ungeheure Schuld auf sich laden will.

Eng verknüpft mit der im Art. 231 des Versailler Friedensvertrages verankerten Kriegsschuldlüge ist die „Kaiserschuldlüge", wie ich sie benennen möchte, die im Art. 227 des „Friedensvertrages" verewigt ist und folgenden Wortlaut hat:

„Die alliierten und assoziierten Mächte stellen Wilhelm II. von Hohenzollern, vormaligen Kaiser von

411 Stadt-Bibliothek S 839

Deutschland, **wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge unter öffentliche Anklage usw."**

Ist das nicht geradezu ein ungeheuerlicher Vorwurf? Welchem wirklich national empfindenden Deutschen tritt beim Lesen dieser Worte nicht unwillkürlich die Zornesröte ins Gesicht? Man mag zu unserm Kaiser stehen, wie man will: Eins wird man ihm immer zugestehen müssen, nämlich, daß er bei all seinem Handeln während seiner langen Regierungszeit nur das Wohl seines Volkes im Auge gehabt hat. Unter seiner Regierung war Deutschland das unbestechlichste Land der Welt im Gegensatz zu heute (Sklareks, Kutisker, Barmat). Unter seiner Regierung erlebte Deutschland eine Blüte wie nie zuvor. Das deutsche Heer hat er auf solche Höhe gebracht, daß selbst unser ärgster Gegner, der französische Marschall Foch, bekennen mußte: „Es war das schönste Heer, das die Welt je gesehen hat." Die Flotte, welche bei Skagerrak die mächtigste Kriegsflotte der Welt besiegte, war sein Werk. Ihm haben wir es vor allem zu verdanken, daß der Weltfriede uns so lange erhalten geblieben ist. Einer der bedeutendsten Staatsrechtslehrer, Prof. Bornhak an der Berliner Universität, der kurz nach dem Kriege sein bitterböses Buch gegen den Kaiser veröffentlichte, bekennt jetzt, nachdem er die Aktenveröffntlichungen des Auswärtigen Amtes gelesen hat: „Man kann ohne Einschränkung sagen: Der Kaiser war das größte, vielleicht das einzige diplomatische Talent, das Deutschland nach Bismarck besessen hat." Trotzdem läßt das deutsche Volk, das einst stolz darauf war, einen solchen Kaiser zu besitzen, dem es zujubelte bei jeder Gelegenheit, noch heute, 14 Jahre nach dem schrecklichsten aller Kriege, den ungeheuren Vorwurf auf dem Kaiser sitzen, daß er gegen die internationalen Sittengesetze verstoßen haben soll. Wo sind die Männer, wo sind die Gelehrten, die nicht nur ihre Stimme erheben gegen den Kriegsschuldartikel 231 des Versailler „Vertrages", sondern die auch mutig eintreten für die Beseitigung des Schmachartikels 227? **Denn dieser Artikel greift an die deutsche Ehre!** Er tastet nicht nur die Ehre des Kaisers, sondern die des ganzen Volkes an. **Darum hinweg mit diesem Schmachartikel, ja, hinweg mit dem ganzen Schandwerk von Versailles.** Dies ist der Fluch, der auf Deutschland lastet. Dies ist das Unrecht, das das deutsche Volk vor allem auch an seinem Kaiser wiedergutzumachen hat. Im Volke bricht sich diese Erkenntnis auch immer mehr Bahn. Während der letzten Reichspräsidentenwahl z. B. fand in Kassel eine große Wahlversammlung statt. Während der Redner sich bemühte, den Anwesenden klar zu machen, wie wichtig und schwierig es sei, den rechten Mann zu finden, wurde er plötzlich von einem Mann aus dem Volke unterbrochen, der laut hineinrief in den Saal: **Holt doch den Kaiser wieder!** Ein brausender, minutenlanger Beifall, der gar nicht wieder aufhören wollte, bewies, wievielen der Mann aus dem Herzen gesprochen hatte.

„Holt doch den Kaiser wieder!", so lautet auch der Titel eines kleinen Büchleins, das den bekannten Pastor D. Ludwig Schneller-Köln zum Verfasser hat (H. G. Wallmann Verlag, Leipzig, 40 Pf.). Das Büchlein sei allen, die sich vor allem über die Vorgänge am 9. November 18 unterrichten möchten, bestens empfohlen.

Johannes Neumann.

Ablehnung der Währungsanträge im amerikanischen Senat. Der Senat der Vereinigten Staaten lehnte mit 56 gegen 18 Stimmen die Anträge auf Prägung von Silbermünzen im Verhältnis von 16 : 1 zu den laufenden Goldmünzen sowie auf Herabsetzung des Dollargoldgehalts ab.

Aus dem Ruhrgebiet.

Um die Sicherheit im Ruhrgebiet ist es schlecht bestellt. Die Zahl der Raubüberfälle und Einbrüche hat sich, wie die Zeitungen berichten, in letzter Zeit in einem Maße vermehrt, das einen derartigen Rekord darstellt, daß selbst die Reichshauptstadt nicht mehr heranreicht. Die Vororte der großen Industriestadtzentren in Dortmund, Essen, Duisburg sind dabei besonders betroffen. Die Unruhe ist bereits so stark, daß manche Geschäftsleute abends ihre Ladenlokale vor der üblichen Zeit schließen. Die zuständigen Behörden haben Besprechungen gehalten, um Maßregeln gegen das Räuberunwesen zu treffen. In manchen Fällen, z. B. in Castrop wurde festgestellt, daß Kommunisten dabei beteiligt waren. Auch lebt der politische Kleinkrieg zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten bedenklich auf, wie z. B. auch vor Iserlohn am 17. d. M. ein offener, wohlvorbereiteter Feuerüberfall von Kommunisten vorkam, bei dem 4 Nationalsozialisten schwer durch Schüsse verletzt wurden.

Was die Leser schreiben.

Unter dieser Rubrik bringen wir die Zuschriften aus dem Leserkreis, die sich als Artikel nicht gut verwenden lassen und für deren Inhalt die Schriftleitung nicht die selbe Verantwortung übernimmt wie für ihre eigenen Artikel oder die der Mitarbeiter, zu denen sie nicht besonders Stellung nimmt.

Die Zuschrift von Pfarrer H. G. in Nr. 15 unsres „Aufwärts" drückt auch mir die Feder in die Hand. Ziemlich oft berufen sich im Aufwärts Artikelschreiber auf die Bibel, mit Vorliebe auf das Alte Testament, wenn sie Kritik üben an Zuständen oder Entscheidungen in Politik, Wirtschaft usw. Mir kamen darüber schon manchmal Zweifel. Nun las ich kürzlich etwas, was meine etwas unklaren Gefühle in Worte kleidet. Der verstorbene Pastor Otto Funcke (Bremen) schreibt in seinem Buch: „Wie man glücklich wird und glücklich macht" im Abschnitte „Die Entdeckung der Bibel": „Sie (die Bibel) hat auch keine Meinung über politische und soziale Fragen. Man kann aus dem Evangelium heraus nichts sagen für oder gegen Monarchie oder Republik, für oder gegen Freihandel oder Schutzzölle, für oder gegen Bodenverstaatlichung oder Achtstundentag oder progressive Steuern usw. Selbst die staatlichen, sozialen, wirtschaftlichen und sanitären Ordnungen, welche im Alten Testament dem Volke Israel gegeben wurden, sind durchaus nicht maßgebend für uns. Das waren Gesetze und Ordnungen für ein bestimmtes Volk unter ganz besonderen Verhältnissen und für gewisse Zeiten. Ich weiß wohl, daß es auch heute noch sehr liebe Christen gibt, welche die Bibel pressen, ich möchte fast sagen: foltern, um ihr Enthüllungen über alle möglichen Fragen des Lebens zu entlocken. Das ist aber eine unheilvolle Torheit, die eitel Wirrnis und Unglück anrichtet. Gottes Wort will im Grunde nur eine Frage beantworten, nämlich diese: „Wie findet der Mensch seinen Gott?" . . . Die nach Gott fragende Seele findet hier vollbefriedigende Antwort. Ueber alles andere aber, was mit diesem großen Zuge der Menschheit zu Gott keinen unmittelbaren Zusammenhang hat, will die Bibel nichts sagen." Soweit D. Funcke. Wer seine Schriften kennt, weiß, daß er danach trachtete, aus bloßen Namenchristen Christen der Tat zu machen, die im täglichen Leben, in Arbeit und Beruf ihr Christentum beweisen. Das ist aber etwas anderes, als uralte Vorschriften über weltliche Geschäfte einfach auf heute zu übertragen. Der Buchstabe tötet, aber der Geist macht lebendig!

L. M.

Abstimmung über Osthilfe

Rechnungshof um Nachprüfung ersucht.

Berlin, 26. Januar.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beendete die Aussprache über die Osthilfe und beschloß bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen die weitere Beratung der Osthilfefragen dem ständigen Unterausschuß zu überweisen, der weitere Auskünfte von der Reichsregierung einholen soll.

Angenommen wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen der sozialdemokratische Antrag, der den Rechnungshof ersucht, die Umschuldung aus Osthilfemitteln einschließlich des Einsatzes des Betriebssicherungsfonds sofort einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und über das Ergebnis einen ausführlichen Bericht zu erstatten, der sofort dem Haushaltsausschuß vorgelegt werden soll. Der Rechnungshof soll sich dabei auch gutachtlich über die Art der Bewirtschaftung der Osthilfemittel äußern.

Der Ausschuß nahm dann noch eine große Reihe von Anträgen der verschiedensten Fraktionen auf Vorlegung von Unterlagen und Erteilung von Auskünften an und überwies zahlreiche weitere Anträge, in denen z. B. Ausdehnung der Osthilfemaßnahmen auf Handwerk, Gewerbe und Einzelhandel verlangt wird, seinem Unterausschuß, um später nach Möglichkeit eine einheitliche Beschlußfassung über alle diese Fragen zu erreichen.

Einstimmig angenommen wurden Anträge der Sozialdemokraten und des Volksdienstes, wonach den Arbeitnehmern für die Lohnforderungen das Vorrecht im Konkursfalle gesichert werden soll.

Ebenso wurde auch ein nationalsozialistischer Antrag einstimmig genehmigt, wonach bei der Ostsiedlung geeignete Kriegsbeschädigte stärker als bisher berücksichtigt und hierzu den Kriegsbeschädigten Kapitalabfindungen bewilligt werden sollen.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen, bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten wurde der Antrag des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen, wonach bei der Durchführung des Osthilfe-Gesetzes landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von mehr als 250 Hektar oder über 200 000 Mark Einheitswert von den Entschuldungsmaßnahmen des Abschnitts B des Gesetzes ausgenommen werden sollen, wenn nicht gleichzeitig von dem Besitzer geeignetes Siedlungsland in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt wird.

Weiter wurde die Reichsregierung ersucht, Maßnahmen zu ergreifen, um die Industrie-Bank zu verpflichten, die Umschuldung von Betrieben ohne die geforderte Landabgabe zur Neu- und Anliegersiedlung nicht durchzuführen. Das zu Siedlungszwecken angebotene Land soll nach einem nationalsozialistischen Antrag unter möglichster Ausschaltung von Zwischenverdiensten von in der Siedlung tätigen Stellen, also z. B. auch gegen die Monopolstellung der sogenannten Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, der Siedlung zugeführt werden.

2,8 Mill. Wohlfahrtserwerbslose

Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, ist für den 31. Dezember 1932 für das Reichsgebiet mit einem Stand von 2 800 000 Wohlfahrtserwerbslosen zu rechnen. Das bedeutet gegenüber dem Vormonat einen Zustrom von 100 000 Unterstützungsempfängern. Da seit Ende November keine Aussteuerungen aus der Krisenfürsorge mehr erfolgen, handelt es sich hierbei um Erwerbslose, die entweder aus der Arbeitslosenversicherung unmittelbar in die gemeindliche Fürsorge gelangen, oder die Anwartschaft auf die Versicherung nicht erfüllt haben.

Arbeitslose wurden am 15. Januar bei den Arbeitsämtern 5 966 000 gezählt, das sind 193 000 mehr, als Ende Dezember. In der ersten Januarhälfte des Vorjahres betrug die Zunahme noch 300 000.

Volksmission.

Zunächst ein paar nüchterne Zahlen: Im Ruhrgebiet gibt es ca. 200 000 Freidenker, die Zahl der ungetauften Kinder beläuft sich vielleicht auf 50 000, einschließlich der Kinder, die die weltliche Schule besuchen oder schon besucht haben. In einer Großstadt Westdeutschlands verliert eine bestimmte Gemeinde seit 1918 durch Kirchenaustritt jährlich etwa eine Dorfgemeinde von 800 Familien, und eine der Synoden im Ruhrgebiet hat seit 1918 33 Prozent ihres kirchlichen Bestandes eingebüßt.

Wir wollen hier nicht untersuchen, was für Gründe für diese Erscheinung sprechen. Solche Zahlen sind immer zugleich eine Anklage, denn wie viele der Ausgetretenen haben sich enttäuscht abgewandt von denen, die sich nach dem Namen Christi nennen und seine Kraft verleugnen. Viele sind auch zu den Sekten abgewandert, weil sie dort zu finden hoffen, was die Kirche nicht bot: eine kleine, trauliche Gemeinschaft, in der sie sich wohl fühlen können. Diese Menschen, die offiziell aus der Kirche austreten, stehen für so viele andere, die noch in der Kirche sind, aber sich längst dem kirchlichen Leben völlig entfremdet haben. Viele bleiben auch nur noch, weil sie in dieser Notzeit von der Kirche eine kleine äußere Hilfe erhoffen.

Alle Versuche, zu diesen nüchternen Zahlen Stellung zu nehmen, müssen sich immer wieder vor Augen stellen: Es wächst ein Geschlecht heran, das inmitten der Christenheit oft nicht mehr weiß, wer Jesus ist und was er will. Dazu nur ein Bild, das für viele unglaublich klingen mag: Ein in der Volksmission beschäftigter Diakon besuchte in einer unserer Ruhrstädte eine Familie, die schon lange aus der Kirche ausgetreten war. Er saß nicht lange, da sammelten sich aus der Nachbarschaft arbeitslose junge und ältere Männer dazu, und es entstand ein lebhaftes Gespräch. Zunächst einmal wurde all der Groll abgeladen, der sich nun durch die Jahre hindurch angesammelt hatte und vor allem mußten natürlich die Pfarrer herhalten. Es dauerte lange, bis der Mann der Kirche in die Flut der Vorwürfe und Anklagen hinein auch einmal etwas sagen konnte. Es konnte ihm nicht darum gehen, lange und große Verteidigungsreden zu halten, sondern er erzählte schlicht von Jesus Christus. Kaum ist der Name „Jesus" gefallen, da fragt einer der jungen Männer: „Jesus, wer war denn das?" „Ja, haben Sie denn nie etwas von Jesus gehört?" „Nein, aber halt, da fällt mir ein, ich war mal im Kino im Ben Hur-Film. Da kamen auf einmal so zwei Hände auf die Leinwand. Ich stieß meinen Nachbarn an und fragte: Sag mal, wer ist das? „Na, das ist doch dieser Jesus." Wer ist denn dieser Jesus? Darauf wußte auch der Nachbar keine Antwort zu geben." Dieser junge Mann war schon ein Opfer der weltlichen Schule und hatte darum nichts von Jesus gehört. Nun erzählte der Diakon von diesem Jesus, von seinen Taten, seinen Worten, einige der uns längst vertrauten Geschichten. Alle Männer und Frauen dieses Kreises in der armseligen Bude eines Arbeitslosen folgten mit höchster Spannung. Das war ihnen neu. Um ½10 Uhr war der Diakon gekommen, um 12 Uhr war er noch da, die Mutter des Hauses ließ das Essen anbrennen, und als er schließlich auf die Uhr sah, war es mittlerweile ½2 Uhr geworden. Er stand auf und wollte gehen, da baten sie ihn, er solle schnell nach Hause gehen und schnell wiederkommen, sie möchten mehr von diesem Jesus hören. — So geschehen vor einigen Monaten in einer Stadt im Ruhrgebiet mit verhältnismäßig regem kirchlichen Leben. Wenn man sich genauer umsehen würde, könnte man wohl feststellen, daß das nicht etwa ein einzelner Fall ist.

Die genannten Zahlen und dieses kleine Erlebnis aus letzter Zeit kennzeichnen unsere Lage. Es leben nicht nur einzelne Menschen unter uns, sondern ein ganzes Geschlecht wächst heran, das entweder nichts mehr weiß von dem, wovon die Christenheit lebt, oder von der Botschaft des Neuen Testamentes nur ein Zerrbild hat. Die Tatsache, daß es eine Kirche gibt, deren Tätigkeit man hier und da nach außen hin zu sehen bekommt, wird mit einigen Schlagworten, die von keinerlei Sachkenntnis getrübt sind, abgetan. Diese Lage ist um so bedeutsamer, als selbst eine so große äußere Organisation wie unsere Kirche gar keinen Zugang mehr hat zu den Massen des Volkes. Wie sollen dann aber erst die kleinen christlichen Gruppen den Weg dahin finden? Auch wenn man weiß, daß mit kirchlicher Sitte allein und allem äußeren Kirchentum nicht viel getan ist, bleibt es doch immer wieder erschreckend, daß vielfach jede Beziehung abgebrochen ist. Was das schließlich für ein Volksleben bedeutet, kann sich jeder selber sagen.

Was ist zu tun? Ich will hier nicht viel von dem sprechen, daß solche Lage die Christenheit nur immer tiefer in die Buße hineinführen kann; denn auf dem Wege, der zu solcher Lage führte, liegen die dunklen Schatten schwerer Schuld. Wir sind falschen Götzen nachgelaufen und haben den lebendigen Gott verleugnet. Wir haben uns oft begnügt mit der Pflege einer selbstgenügsamen Frömmigkeit, mit der Wahrung einer bloßen Kirchlichkeit, wir sind eingeschlafen, wo wir wachen sollten. Durch unsere Kirche geht wieder ein leises Aufwachen, wir werden ein wenig hellhörig. Selbstbesinnung und Umkehr aber führt zugleich immer zur erneuerten Tat. Sollen wir Apologetik treiben, große Diskussionsversammlungen einberufen, Verteidigungsschriften hineinwerfen in unser Volk? Das mag vielleicht gut gewesen sein für hinter uns liegende Jahre. Eine gewisse denkmäßige Schulung bleibt auch heute immer notwendig. Aber wo man nichts mehr von Christus weiß oder nur noch Zerrbilder hat, ist die Diskussion nicht der gewiesene Weg, wie ja wohl überhaupt der Disput über Gott und seinen Willen in Christus im letzten Grunde immer eine mehr als fragwürdige Sache bleibt. Das Neue Testament kennt keine Diskussion, es weiß zunächst nur von dem Zeugnis von Christus, das in Vollmacht verkündigt wird. Solch ein Zeugnis muß uns heute wieder geschenkt werden. Kommen die Leute nicht zur Kirche, so muß, nach einem Wort Wicherns, die Kirche wieder zu den Leuten kommen. Die Kirche muß in vermehrtem Maß das aufnehmen, was ihr die Gemeinschaftsbewegung gezeigt hat, den Weg evangelistischer Verkündigung von Mann zu Mann. Zugleich muß sie sich aber hüten vor der Vereinzelung, auf die die Art der Gemeinschaftsbewegung oft eingestellt war. Es kommt heute nicht nur darauf an, daß der einzelne Mensch gewonnen wird, sondern daß er zugleich auch eingeordnet wird in das Gesamtleben einer christlichen Gemeinde, nicht

Das neue Sofortprogramm

Die Verteilung der Mittel. — Aufträge der Reichsbahn. — 15000 Kleinsiedlerstellen. Kleinere Hausreparaturen.

Berlin, 26. Januar.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, werden von den 500 Millionen RM, die das neue Sofortprogramm für die öffentliche Arbeitsbeschaffung umfassen wird, 100 Millionen RM voraussichtlich für die Zwecke des Reiches und der Reichsbahn abgezweigt werden, wogegen die restlichen 400 Millionen RM den Gemeinden und den Gemeindeverbänden zukommen sollen.

40 Millionen sollen der Stadtrandsiedlung zugutekommen und einer weiteren Neuschaffung von etwa 15000 Kleinsiedlerstellen dienen. Dabei ist daran gedacht, mehr Aufmerksamkeit der Stadtrandsiedlung in kleineren und mittleren Gemeinden zu widmen. Für diese 40 Millionen aus dem Sofortprogramm soll dann ein Ausgleich in der Weise gefunden werden, daß andere Arbeiten durch Mittel außerhalb dieses Programms finanziert werden sollen.

Was die 150 Millionen RM betrifft, die der Verwaltungsrat der Reichsbahn angefordert hat, so betreffen diese Aufträge Arbeiten, die über das eigene Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn hinausgehen. Im wesentlichen handelt es sich um Elektrifizierungsmaßregeln, daneben um Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten. Sie sind durchweg rentabel und rasch in Angriff zu nehmen.

Die vom Kabinett erneut bewilligten 50 Millionen für Hausreparaturen (hierbei handelt es sich um direkte Reichsmittel, nicht um einen Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms) sind bereits an die Länder zur Verteilung gelangt, die sie von sich aus an die Gemeinden weitergeben sollen. Die bisherigen Bestimmungen sind beibehalten worden, mit zwei Aenderungen:

Künftig soll es mit Rücksicht auf die Heranziehung des kleineren Hausbesitzes zu diesen Instandsetzungsarbeiten genügen, wenn die Instandsetzungskosten 100 Mark (bisher 250 Mark) betragen. Ferner ist die Hergabe von Zuschüssen auch bei Instandsetzung leerer Wohnungen zugelassen. Bedingung ist die Inangriffnahme der Arbeiten in kürzester Zeit.

Verkehrsrückgang beendet

Sitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn. — Weitere 150 Millionen Mark für die Arbeitsbeschaffung angefordert.

Berlin, 26. Januar.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft beschäftigte sich in zweitägiger Sitzung mit der Entwicklung der Einnahmen und mit Fragen der Arbeitsbeschaffung. Ueber den Verlauf der Sitzung wird mitgeteilt: „Der vorläufige Ueberblick über die Einnahmeentwicklung im Jahre 1932 ergibt mit etwa rund 2890 Millionen Reichsmark einen Rückgang um rund 25 Prozent gegenüber 1931 und um rund 46 Prozent gegenüber 1929. Die Ausfälle sind in erster Linie auf den Verkehrsrückgang, dann aber auch auf die Tarifermäßigungen zurückzuführen, die im Zuge der Preissenkungsaktion der Reichsregierung vorgenommen wurden.

Die Einnahmegestaltung in den letzten Monaten berechtigt zu der Annahme, daß die rückläufige Verkehrsbewegung ihr Ende erreicht hat.

Der Verwaltungsrat nahm Kenntnis von der Durchführung des 280-Millionen-Mark-Arbeitsbeschaffungs-Programms, das zu 180 Millionen Mark aus Steuergutscheinen und zu 100 Millionen Mark auf dem Kreditwege finanziert wird.

Vom Oktober bis Dezember 1932 sind Aufträge von 146 Millionen Mark vergeben worden. Die restlichen 134 Millionen sind den Reichsbahndirektionen voll zugeteilt; ihre Auftragserteilung ist in vollem Gange. Soweit es bei Frost möglich ist, wird bereits gearbeitet, die Außenarbeiten werden wieder einsetzen, sobald es die Witterung zuläßt. Für das neue Sofort-Programm des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung hat die Reichsbahn-Verwaltung im einzelnen begründete Vorschläge für Arbeiten bei der Reichsbahn in Höhe von 150 Millionen Mark gemacht, die den an die Darlehnsgewährung geknüpften Bedingungen — Wirtschaftlichkeit und hoher Anteil der Löhne an den Gesamtkosten — entsprechen.

Der Verwaltungsrat hat seinen Präsidenten beauftragt, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß bei Vergebung von Mitteln aus diesem Programm für Verkehrszwecke keine Projekte gefördert werden, die geeignet sind, den Leerlauf bestehender Verkehrsmittel in volkswirtschaftlich schädlicher Weise zu vermehren.

Der für den 1. März in Aussicht genommenen fühlbaren Herabsetzung der Preise für Netz-, Bezirks- und Bezirksteilmonatskarten stimmte der Verwaltungsrat zu."

Verbilligte Netz- und Bezirkskarten

Die Netzkarten werden ab 1. März für Netze von etwa 7000 Kilometern, statt bisher 6000 Kilometer, ausgestellt und kosten nur 90 Mark dritter Klasse und 120 Mark zweiter Klasse, gegen 100 bzw. 130 Mark jetzt. Wer zwei aneinanderschließende Netze kauft, bezahlt 140 bzw 185 Mark (jetzt 160 bzw. 208 Mark), bei drei und mehr Netzen treten weitere Verbilligungen ein. Das kleinere Netz Ostpreußen kostet nur 60 bzw. 80 Mark (jetzt 65 und 82 Mark).

Die für kleinere Gebiete ausgegebenen großen und kleinen Bezirkskarten werden ab 1. März einheitlich verabfolgt, und zwar zum Preis der kleinen Personenzug-Bezirkskarte; der Gültigkeitsbereich wird aber den der großen Bezirkskarte mit etwa 1000 Kilometer Streckengebiet umfassen. Die einheitliche Bezirkskarte gilt ebenfalls einen Monat und wird 40 Mark (jetzt 40 bis 65 Mark) dritter Klasse und 52 Mark (jetzt 52 bis 80 Mark) zweiter Klasse kosten. Für anschließende Bezirke hat man künftig 15 bis 20 Mark zu zahlen. Alle Bezirkskarten gelten künftig auch für Eilzüge ohne Zuschlag.

Auch die für eine Woche ausgegebenen Bezirks-Teilmonatskarten werden künftig zu einem niedrigen Einheitspreis ausgegeben, der dritter Klasse 16 Mark, zweiter 21 Mark sein wird. Diese Karten gelten ebenfalls für 1000 Kilometer und ohne Zuschlag auch für Eilzüge.

Ausschuß gegen Rentenkürzungen

Sofortige Aufhebung der Rentenkürzungen in der Sozialversicherung gefordert.

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags sagte Staatssekretär Dr. Grieser eine Prüfung über die Möglichkeit einer Beseitigung der Härten in der Invaliden- und in der Unfallversicherung zu. Die Ausmerzung solcher Härten sei möglich, wenn die Wirtschaftslage sich bessere. In der Abstimmung wurde ein am weitesten gehender Antrag der Kommunisten mit den Stimmen der Antragsteller und der Sozialdemokraten bei Enthaltung der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen angenommen.

Der Antrag verlangt, daß die an den Renten und sonstigen Bezügen aus der Sozialversicherung vorgenommenen Kürzungen und Beschränkungen sofort aufgehoben und ebenso auch die Ruhensbestimmungen für nebeneinanderlaufende Renten außer Kraft gesetzt werden.

Mit großer Mehrheit wurde dann noch ein Antrag des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen, der die baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes wünscht, durch den die Beteiligung der Arbeitnehmer in den Organisationen der Berufsgenossenschaften sichergestellt wird. Schließlich fand auch ein Antrag Annahme auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, der ohne Gefährdung der Ansprüche und Rechte die sozialen Einrichtungen vereinfacht und verbilligt.

SPD gegen Staatsnotstand

Berlin, 26. Januar.

In einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes der SPD. und des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist folgender Beschluß gefaßt worden: „Der Parteivorstand der SPD. und der Vorstand der Reichstagsfraktion erheben schärfsten Protest gegen den Plan der Proklamierung eines sogenannten staatlichen Notstandsrechtes. Seine Verwirklichung würde auf einen Staatsstreich hinauslaufen, der dem Volk seine verfassungsmäßigen Rechte raubte und jenen Cliquen zugute käme, die ohne Rücksicht auf die Gesamtheit und vor allem auf die Arbeiterklasse ihre Sonderinteressen vertreten und dabei die Kritik des Parlaments zu scheuen allen Grund haben. Ein solcher Staatsstreich würde einen rechtlosen Zustand schaffen, gegen den jeder Widerstand erlaubt und geboten ist."

Heimannsberg Vorsitzender des Schraderverbandes

Berlin, 26. Januar.

Als Abschluß des 7. Ordentlichen Verbandstages des Verbandes preußischer Polizeibeamter wurde satzungsgemäß für zwei Jahre der ehemalige Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Heimannsberg mit 99 Stimmen von 151 zum 1. Vorsitzenden gewählt. Heimannsberg erklärte, daß er den Verband parteipolitisch völlig neutral zu führen beabsichtigt, wie es den Satzungen entspreche.

In Sofia wurde der Abgeordnete der bulgarischen Arbeiterpartei, Traikoff, auf offener Straße von zwei Unbekannten erschossen.

Was wird im Reichstag?

Berlin, 26. Januar.

Die Frage, was im Reichstag werden wird, beherrscht noch immer die politische Diskussion. Am Freitag tritt der Aeltestenrat des Reichstags zusammen, formell, um die Tagesordnung der Plenarsitzung am 31. Januar festzusetzen. Gleichzeitig muß er auch die letzte Entscheidung darüber treffen, ob es überhaupt bei dem Einberufungstermin des 31. Januar verbleiben wird. In welcher Richtung die Entscheidung fallen wird, ist zur Stunde ebenso ungewiß, wie es in der vergangenen Woche in den letzten Tagen vor der Aeltestenratssitzung der Fall war.

In den letzten Tagen ist nun in politischen Kreisen darüber diskutiert worden, ob der Aeltestenrat entsprechend dem in der vorigen Sitzung gestellten Antrag der Nationalsozialisten die Wiederaufnahme der Plenararbeiten bis zur Fertigstellung des neuen Haushaltsplanes zurückstellen wird, oder ob er jetzt zwar die Wiederaufnahme der Plenarberatungen beschließen, die Abstimmungen dagegen zurückstellen wird.

Ob und inwieweit sich der eine oder der andere von diesen Gedanken verwirklichen lassen dürfte, das ist heute noch sehr fraglich, denn seit der letzten Tagung des Aeltestenrats hat sich das innenpolitische Bild wesentlich anders gestaltet. Es ist bekannt, daß in den letzten Tagen verschiedentlich Verhandlungen zwischen den Parteiführern untereinander bzw. zwischen den Parteiführern und der Regierung stattgefunden haben. So haben Besprechungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten, zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten und zwischen Hugenberg und dem Reichskanzler von Schleicher stattgefunden. Soweit es sich übersehen läßt, ist man in keinem Falle zu einem positiven Ergebnis gekommen. Im Zusammenhang damit ist dann der Vorschlag in der Oeffentlichkeit aufgetaucht, die Regierung möge in Anbetracht der Erfolglosigkeit der Koalitionsbemühungen einen sogenannten „Staatsnotstand" erklären und unter diesem Vorwand den Reichstag zwar auflösen, aber Neuwahlen vorerst nicht stattfinden lassen, um sich eine langfristige, ungestörte Arbeitsmöglichkeit zu geben. Diese Anregung ist von den parlamentarisch eingestellten Parteien sofort auf das schärfste bekämpft und als verfassungswidriges Experiment bezeichnet worden. Die Reichsregierung hat daraufhin erklären lassen, daß sie keine Erwägungen über die Erklärung eines Staatsnotstandes anstelle und alles tun werde, was zur Aufrechterhaltung der Verfassung notwendig sei.

Inzwischen hat sich die Lage für die Regierung noch erheblich verschlechtert, weil die Deutschnationalen, die seinerzeit die einzige Stütze des Präsidialkabinetts Papen waren und auch bisher bis zu einem bestimmten Grade als Anhänger des Kabinetts Schleicher galten, neuerdings der Regierung die Gefolgschaft aufgesagt haben und nunmehr in die offene Opposition gegen das Kabinett Schleicher eintreten wollen. In einer Entschließung hat die deutschnationale Reichstagsfraktion zum Ausdruck gebracht, daß sie eine völlige Neubildung des Kabinetts erstrebt, „um die erforderliche Schlagkraft und Einheitlichkeit der Regierungsführung, und zwar namentlich der Wirtschaftspolitik sicherzustellen." In politischen Kreisen erblickt man in dieser Kampfansage vor allem die Antwort auf die Haltung der Regierung gegenüber dem Landbund. Darüber hinaus bezeichnet die Linkspresse den deutschnationalen Vorstoß als einen Versuch Hugenbergs, die Harzburger Front neu zu beleben, die Nationalsozialisten zu schärferem Vorgehen zu drängen.

Die Kampfansage der Deutschnationalen hat begreiflicherweise in der Oeffentlichkeit größtes Interesse erregt. Der „Angriff", das Berliner nationalsozialistische Organ, ist der Auffassung, daß Schleichers Stellung, die ohnehin schon schwer erschüttert gewesen sei, durch den deutschnationalen Vorstoß vollends unhaltbar geworden sei. Für ihn gebe es jetzt nur noch eine Möglichkeit: sofortigen Rücktritt. In der jetzigen schwierigen Lage des Staates und Volkes könne — so meint der „Angriff" — nur ein Mann die Regierung in die Hand nehmen, der sich wie Adolf Hitler auf eine Zwölf-Millionen-Bewegung stützen könne und durch die Härte seines Kampfes seine Tatkraft bewiesen habe.

Reichskanzler von Schleicher scheint jedoch nicht gewillt zu sein, seinen Platz zu räumen. Die Reichsregierung vertritt vielmehr nach wie vor die Auffassung, daß eine baldige Klärung der innerpolitischen Situation unbedingt notwendig sei. Diese Klärung könnte sie nur darin erblicken, daß der Reichstag unzweideutig zum Ausdruck bringt, ob er Vertrauen zur Regierung hat oder nicht. Eine Vertrauenserklärung sieht die Regierung aber noch nicht darin, daß eine Mehrheit des Aeltestenrats die Vertagung der nächsten Sitzung auf mehrere Wochen oder selbst mehrere Monate beschlösse. Die Regierung will anscheinend verlangen, daß entweder mit der Vertagung eine ausdrückliche Vertrauenserklärung verknüpft wird oder daß der Reichskanzler in der nächsten Woche selbst Gelegenheit bekommt, seine Regierungserklärung abzugeben, und sich daran eine Entscheidung im Plenum schließt. Wenn Erklärungen dieser Art nicht zu erzielen sind, wäre, wie man in Regierungskreisen meint, die Reichstagsauflösung unvermeidlich.

Chérons Programm gefährdet

Statt 5½ Milliarden Franken will die Kammer nur 3½ Milliarden bewilligen.

Paris, 26. Januar.

Die Diskussion in der französischen Kammer, die am heutigen Donnerstag über das Finanzsanierungsgesetz beginnt, ist von größter Bedeutung für die Existenz des Kabinetts Paul-Boncour.

Was der Finanzausschuß dem Plenum vorschlagen kann, ist ein Torso, welcher der Regierung anstatt der angeforderten 5½ Milliarden Franken neuer Einnahmen nur etwa 3½ Milliarden Franken bringen würde.

Die Regierung hat während der Beratungen des Finanzausschusses bisher nichts vor ihrem Entwurf preisgegeben. Die sogenannten Regierungsparteien werden also im Plenum auf eine harte Probe gestellt. Es wird sich zeigen müssen, in welchem Maße Radikale und Sozialisten produktiv zusammenarbeiten können. Allerdings scheinen Paul-Boncour und Finanzminister Chéron sehr vorsichtig vorgehen zu wollen. Sie beabsichtigen, nur bei den Punkten die Vertrauensfrage zu stellen, über die eine grundsätzliche Einigung innerhalb der Regierungsmehrheit erzielt worden ist.

---

nur in den engen Rahmen einer kleinen Gruppe. Die Entwicklung drängt auf Gemeindeaufbau hinaus. Das ist Aufgabe und Ziel..

Aus dieser Erkenntnis heraus sind auch heute schon Kräfte am Werke, um kirchliche Volksmission zu treiben. In bisher 3 Ruhrstädten gibt es Diakone, die im Auftrage der Kirche regelrechte Mission an den aus der Kirche Ausgetretenen treiben, um die sich die Kirche weithin einfach nicht gekümmert hat. Das Evangelium wird im Namen der Kirche wieder von Mann zu Mann getragen. Eine nominelle Rückgewinnung in die Kirche genügt natürlich nicht, sondern es muß eine weitere Betreuung folgen. Darum sollen die Zurückgewonnenen zusammengefaßt werden in Freizeiten und Arbeitsgemeinschaften, wo persönliche Gemeinschaft und vertiefte Bibelarbeit möglich sind. Zu dieser Arbeit von Mann zu Mann treten die Versuche, durch kirchliche Volksmissionswochen das Evangelium gemeindemäßig zu verkündigen, ohne in die Gefahr zu kommen, den Menschen zu individualisieren und ihn mit seiner Frömmigkeit dann allein bei sich zu belassen.

Es kann sich hier nicht um eine neue Betriebsmacherei handeln, um etwa das gefährdete Schiff der Kirche wieder flott zu machen, sondern hier handelt es sich einfach um aufgetragene Pflicht. Es kommt nur alles darauf an, daß auch die Gemeinden selbst sich innerlich bewegen lassen, um Träger solchen Dienstes zu werden. Da gibt es Aufgaben die Fülle für Presbyter und alle Gemeindeglieder, und es ist erfreulich, daß die Einsicht wächst, in der Kirche handele es sich doch wohl nicht um eine Pastorenkirche. Daß es der Freidenkerbewegung gelingt, Menschen wieder wachzurufen, ist ein Dienst, den sie im Namen Gottes an der Kirche tut. Nur darf der Kampf nicht im Geist des Lamentierens und bloßen Schimpfens geschehen. Man darf vor allem nicht den Eindruck haben dürfen, als fühlten sich die Menschen der Kirche in ihrer bürgerlichen Ruhe und Sicherheit bedroht und schritten darum zur Abwehr. Nur ein lebendiges Zeugnis von dem Herrn der Kirche und ein kirchliches Gemeindeleben in der Nachfolge Jesu steht unter der Verheißung Gottes.

K. Kr.

Die evangelische Kirche in Polen

Ein erschütternder Bericht. — Von 404 Kirchengemeinden sind 107 unbesetzt.

Posen, 26. Januar.

Generalsuperintendent Blau eröffnete die Landessynode der evangelischen unierten Kirche in Polen mit einem Bericht, der ein erschütterndes Bild von der kirchlichen Lage gab. Die 12jährigen Bemühungen der Kirche um eine Regelung ihres Verhältnisses zum polnischen Staat und um eine Bestätigung der seit 1923 vorliegenden neuen Kirchenverfassung sind bisher ergebnislos geblieben. Besonders hart werden die evangelischen Kirchen und ihre Einrichtungen nicht nur durch die wirtschaftliche Not getroffen, sondern auch durch die Hindernisse, die aus der Gesetzgebung und anderen Maßnahmen erwachsen.

Der Bericht erinnerte hier an die empfindliche Störung der religiösen Unterweisung im Kindergottesdienst und im Konfirmandenunterricht. Die unierte evangelische Kirche umfaßt zur Zeit 404 Kirchengemeinden, von denen 170 unbesetzt sind, 83 Studenten lassen auf baldigen Nachwuchs im Pfarrstande hoffen. Trotz der schweren Wirtschaftslage hält die Opferwilligkeit der Gemeinden an.

Kyffhäuserbund und Luftschutz

Lehrgang für Obleute.

Berlin, 26. Januar.

Der Deutsche Reichskriegerbund „Kyffhäuser" veranstaltet in der Reichshauptstadt unter Leitung des Präsidenten Paetsch und des von der Bundesleitung beauftragten Luftschutzreferenten Dr. Wölbing einen Lehrgang für die Luftschutzobleute seiner Verbände. Der Kyffhäuser-Bundespräsident, General der Artillerie a. D. von Horn, eröffnete mit einer Begrüßung der großen Zahl von Teilnehmern die erste Tagung im Bundeshause. Bei dieser Gelegenheit sprachen die für den Luftschutz zuständigen Vertreter des Reichsinnenministeriums und des Reichswehrministeriums. Den Teilnehmern wird im Laufe des Lehrgangs das gesamte Gebiet des Luftschutzes in instruktiven Vorträgen nahegebracht, für die sich dankenswerterweise zahlreiche Sachbearbeiter der einzelnen Spezialgebiete zur Verfügung gestellt haben.

Dieser Lehrgang, in dem auch verschiedene Besichtigungen, wie die eines Flugwachkommandos, des Industrie-Luftschutzes, des Flughafens und einer Muster-Schutzanlage eingeschlossen sind, ist ein erfreulicher Beweis für die Möglichkeit engster Zusammenarbeit zwischen den für den zivilen Luftschutz zuständigen Behörden und Dienststellen des Reiches und Preußens und den mit den Luftschutzarbeiten betrauten Vertretern des Kyffhäuserbundes.

Für freie Zivilluftfahrt

Berlin, 26. Januar.

Die Teilnehmer der zum zweiten Male in Berlin tagengen 34. Internationalen Luftfahrtkonferenz waren Gäste des Reichsverkehrsministers. In seiner Begrüßungsrede unterstrich Staatssekretär Koenigs als Vertreter des erkrankten Ministers, daß diese Konferenzen sich nicht in theoretischen Fragen verloren, sondern stets immer ein praktisches Ziel im Auge gehabt und deshalb wertvolle Arbeit geleistet hätten. Während die Reichsregierung sich auch für die Zukunft bereit erkläre, die bisherige Art der Entwicklung auf dem internationalen Luftfahrtgebiet jederzeit zu fördern, würde sie sich ebenso sicher von Experimenten, wie sie z. B. die Gründung einer Internationalen Gesellschaft darstelle würde, fernhalten. Nicht Internationalisation, sondern Kooperation müsse die Parole sein.

Massenaufmarsch der KPD

Berlin, 26. Januar.

Auf dem Bülowplatz fand als Protestaktion gegen die nationalsozialistische Veranstaltung vom Sonntag ein Massenaufmarsch der KPD. statt. Es wurden zahlreiche rote Fahnen und Transparente mit kommunistischen Parolen mitgeführt. Das Liebknecht-Haus war über und über mit Transparenten behangen, außerdem sah man drei große Bilder von Liebknecht, Rosa Luxemburg und Lenin. Vor dem Haupteingang bemerkte man auf einer Tribüne zahlreiche Mitglieder des Zentralkomitees unter Führung Thälmanns. Der Vorbeimarsch dauerte mehrere Stunden; in der Innenstadt kam es wiederholt zu längeren Verkehrsstockungen.

Krisenkonferenz unter Macdonald

Das Datum der Weltwirtschaftskonferenz vorläufig nicht festgesetzt.

Genf, 26. Januar.

Der vom Völkerbundsrat für die technische Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz eingesetzte Organisationsausschuß ist nach mehrstündigen Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, vorläufig keinen bestimmten Termin für den Beginn der Weltwirtschaftskonferenz anzuberaumen. Gegen die Festsetzung des Datums sollen insbesondere die Vereinigten Staaten, die durch Botschafter Sackett vertreten waren, Einwendungen erhoben haben. Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Posse, erklärte in den Beratungen, daß die deutsche Regierung größten Wert auf einen möglichst baldigen Zusammentritt der Konferenz lege.

Der Organisationsausschuß beschloß dann noch auf französischen Vorschlag, dem Völkerbundsrat als Vorsitzenden der Weltwirtschaftskonferenz den englischen Ministerpräsidenten Macdonald vorzuschlagen. Dieser Vorschlag dürfte vom Völkerbundsrat noch am heutigen Donnerstag bestätigt werden.

Der Termin der Weltwirtschaftskonferenz soll nunmehr in einer neuen Tagung des Organisationsausschusses innerhalb der nächsten drei Monate festgesetzt werden.

•

Die vertraulichen Abrüstungsbesprechungen haben begonnen.

— Genf, 25. Januar. Die üblichen vertraulichen diplomatischen Besprechungen auf der Abrüstungskonferenz zwischen den Führern der Abordnungen der Großmächte haben jetzt nach dem Eintreffen des englischen Außenministers eingesetzt. Im Vordergrunde steht gegenwärtig die Haltung der Großmächte zu dem im Hauptausschuß zur Verhandlung gelangenden großen Sicherheits- und Abrüstungsplan Frankreichs. Die deutsche Erklärung steht im einzelnen noch nicht fest. Es kann jedoch angenommen werden, daß der bekannte grundsätzliche deutsche Standpunkt zur Abrüstung und Sicherheitsfrage in voller Deutlichkeit zum Ausdruck kommen wird. Es kann ferner angenommen werden, daß von deutscher Seite nunmehr die Durchführung der allgemeinen Abrüstung und die Wiederherstellung des gleichen Rüstungsstandes aller Mächte im Rahmen des allgemeinen Abrüstungsabkommens mit Nachdruck verlangt werden wird.

Goldwährung oder Zollkrieg

Amerikas Parole für die Schuldenverhandlungen.

Washington, 26. Januar.

Präsident Hoover bezeichnete in einer Erklärung die allgemeine Rückkehr zur Goldwährung als einzige Rettung aus der Wirtschaftsnot. Zur Schuldenfrage erklärte Hoover, die europäischen Schuldnerstaaten hätten zur Zeit Verhandlungen mit Amerika mit dem Gegenstande einer Revision der Kriegsschuldenfrage begonnen. Amerika verlange als Gegenleistung, daß eben diese Staaten durch Stabilisierung der Weltwährung zur Stabilisierung der Wirtschaft beitragen. Wenn die europäischen Staaten diese Forderungen erfüllten, so würden die Preise auf dem Weltmarkt alsbald steigen. Sollten sich die Schuldnerstaaten dagegen ablehnend verhalten, so würde ein Zollkrieg beginnen, der die ganze Welt ruinieren müßte.

Explosion auf Grube Bautenberg

Siegen, 26. Januar.

Im Grubenbetrieb der Gewerkschaft Bautenberg gerieten zwei Bergleute beim Bohren auf einen steckengebliebenen Sprengschuß, der explodierte. Ein Bergmann wurde auf der Stelle getötet, der andere erlitt furchtbare Verletzungen, u. a. büßte er das Augenlicht ein.

Explosion in einer Pulvermühle

Lüneburg, 26. Januar.

In der Pulverfabrik Wolff & Co. in Bomlitz ereignete sich eine schwere Explosion. Zwei Arbeiter wurden sofort getötet. Die Detonation war kilometerweit zu hören. Da die einzigen Zeugen der Explosion tot sind und die Anlage — eine von mehreren der durch Erdwälle voneinander getrennten kleinen Magazine — zerstört ist, wird sich die Ursache kaum feststellen lassen.

Kältewelle über Europa

25 Grad minus in Königsberg. — Eistreiben auf Rhein und Mosel. — Todesfälle in Polen und Frankreich.

Die Kältewelle, die gegenwärtig über Europa liegt, hat die bisher tiefsten Temperaturen dieses Jahres gebracht. Begünstigt wird die Kälte durch die starke Ausstrahlung infolge völliger Wolkenlosigkeit des Himmels. In Berlin wurden in der Nacht in der Innenstadt 18 Grad, in den Außenbezirken 20 Grad minus gemessen. Die höchsten Kältetemperaturen verzeichnet in Deutschland Königsberg mit 25 Grad unter Null.

80jähriger Greis erfroren.

Der 80 Jahre alte Siedler Florian Schymeck aus einer Kolonie bei Zepernick, der bei seiner Tochter wohnte und vor einigen Tagen wahrscheinlich in einem Anfall von Geistesstörung seine Wohnung verlassen hat, ist jetzt auf der Chaussee zwischen Wandlitz und Bernau erfroren aufgefunden worden. Schymeck ist einige Tage planlos in der Gegend umhergeirrt.

Auf dem Rhein ist infolge des immer stärker werdenden Eistreibens jedes Leben erstorben. Im Mittelrheingebiet, von der Moselmündung abwärts, sieht der breite Rheinstrom wie eine einzige weiße Eisfläche aus. An dem Neuendorfer Ufer hat sich schon breites Saumeis weit in den Strom vorgeschoben. Bei Lay hat sich das Mosel-Eis festgesetzt. Krachend und splitternd schoben sich die starken Eisblöcke unter-, neben- und übereinander. Es dauerte nicht lange, da hatte sich die Mosel an dieser Stelle vollständig zugesetzt. Einige Stunden später gingen bereits die ersten Fußgänger über den vereisten Fluß. Auch der Neckar ist auf weite Strecken zugefroren.

In Polen fiel in Suwalki die Temperatur auf 30 Grad, in Warschau auf 26 Grad minus. Ebenso stark ist die Kälte im Korridor. In der Nähe von Bromberg sind die Telephon- und Telegraphenleitungen vielfach durch den Frost beschädigt worden. So ist die Leitung zwischen Warschau und Polen sowie Bromberg und Gdingen zerstört worden. Gleichzeitig treten starke Grippefälle auf. In den letzten Tagen sind auch mehrere Todesfälle infolge des Frostes zu verzeichnen, besonders in Bromberg, Graudenz und Thorn.

In Rußland mußten in 16 Städten die Schulen geschlossen werden. In Tscheljabinsk (Westsibirien) ist das Thermometer auf 39 Grad unter Null gesunken.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Bielefeld.** Die **Reichsvereinigung ehemal. Kriegsgefangener e. V., Ortsgruppe Bielefeld,** schreibt uns:

Wir veranstalten am 16. Februar abends 8¼ Uhr im Saale des Altstädter Gemeindehauses, Grünstraße, einen Lichtbildervortrag, bei dem **P. Alfons Schwartz** über seine Erlebnisse in **13jähriger Kriegsgefangenschaft auf der Teufelsinsel und in Cayenne** sprechen wird.

Der persönliche Bericht von P. Alfons Schwartz wird zweifellos auch bei Ihnen Interesse finden. Mehr als 10 Jahre wurde von deutscher Seite um die Freigabe dieses Mannes gekämpft.

Kamerad Ibrügger von der Reichsleitung der R.E.K. wird den Abend einleiten mit einem Bericht über diesen Kampf. Mitglieder der Stahlhelmkapelle werden diesen Vortrag mit musikalischen Darbietungen umrahmen. Karten zum Preise von 1,— u. 0,50 RM sind in der Pfefferschen Buchhandlung, dem Städtischen Verkehrsamt und in der Zigarrenhandlung Pott, Niedernstraße, sowie an der Abendkasse zu haben. Ein etwaiger Ueberschuß soll für die von der Reichsvereinigung betriebene Vermißtennachforschung verwendet werden. J. A. Petri, Kroos.

Bethel.

Wegen der Grippe-Epidemie müssen alle öffentlichen Versammlungen und Zusammenkünfte in der Anstalt für diese und die nächste Woche ausfallen. Bezüglich der privaten Versammlungen treffen die Hausvorstände die nötigen Anordnungen. Die Gottesdienste finden in gewohnter Weise, abgesehen vom Wochengottesdienst, statt.

— **Kirchenchor.** Die Uebung fällt auch in dieser Woche aus.

Freude ins Haus
bringt ein **Photo-Apparat!**
Photo-Arbeiten — Qualitäts-Ausführung
Photo-König, Bielefeld, Rathausstraße 8

Sämereien für Garten und Feld
Obstbäume, Beerensträucher
beste Sorten
Rosen u. Stauden in guter Auswahl
Dahlien, Knollengewächse
Ziersträucher, Heckenpflanzen
Nadelgehölze, Schlingpflanzen
Preisliste gern auf Wunsch
und sonstige **Gartenartikel** bietet an die
Gärtnerei der Anstalt Bethel
bei Bielefeld



BETTFEDERN
1 Pfd. graue 0.50 M., halbweiße 1.25 M., weißer Rupf 1.90 M., Spezialität 2.25 M. u. 2.70 M. Landrupfmischung 4.90 M., graue Daunen 5.50 M., weiße Daunen 6.50 M. u. 7.20 M. Oberbetten 14.— M., Kissen 4.50 M. Muster u. Preisliste umsonst. Von M. 20.— an franko. Nichtpassendes — Geld zurück.
Josef Christl Nachfolger, Cham 315 (Bayern)

Wiesbaden Evangelisches Hospiz, Oranienstraße 53
Zimmer mit und ohne Verpflegung. Mäßige Preise.

Johannes Warns
Kurzgefaßtes Lehrbuch des Neutestamentlichen Griechisch für den Schul- und Selbstunterricht
2. Auflage, gebunden 6,— Mk.
Johannes Warns
500 Entwürfe zu biblischen Ansprachen mit einer Einleitung und Erläuterungen
280 Seiten in Ganzleinen gebunden 4,85 Mk.
Zu beziehen durch
Buchh. W. Gauer, Wiedeneſt (Rhl.)
Postscheckkonto Köln 40411

Herzlich danken wir allen denen, die unserer lieben Entschlafenen während ihrer Krankheit in Liebe gedachten und uns bei ihrem Heimgang in so reichem Maße ihre Teilnahme erwiesen haben. Ebenso danken wir Herrn Pastor Wilmanns für seine trostreichen Worte.

Wilhelm Steinmeier
Arnold Beimfohr und Frau
Anneliese Beimfohr

Bethel, Petershagen, den 26. Januar 1933.

Prima Rasierapparat
neues System mit 50 pa. Klingen Mk. 3,50, franko. Bei Einsendung von Mk. 1,75 wird der Apparat zur Probe zugesandt. Der Rest ist innerhalb 1 Monat einzusenden, wenn der Apparat zusagt.
Wilh. Büttner, Düsseldorf-Rath Postfach 2

WALTER FILLIES
Uhren, Gold- u. Silberwaren
Reparaturen
preiswert u. sauber
Bielefeld, Gütersloherstr. 40a
Gegenüber Bethel-Eingang

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.